

### **Vorlage der Landesregierung**

betreffend die Zustimmung des Landtages gemäß Art 48 Landes-Verfassungsgesetz 1999  
L-VG zu Bürgschaften/Haftungen bzw Belastungen von Landesvermögen im Zusammenhang  
mit der Pinzgaubahn

Der Salzburger Landtag hat am 2. Juli 2008 den aus der Übernahme der Pinzgaubahn durch das Land erfließenden Bestimmungen betreffend Bürgschaften/Haftungen bzw Belastungen von Landesvermögen hinsichtlich der damals vorgelegenen Verträge unter Hinweis auf die damals angeschlossene Unterlage "Übernahme der Pinzgauer Lokalbahn durch das Land Salzburg" (Seiten 8 bis 15) die Zustimmung erteilt.

In der zitierten Unterlage wurde auf Seite 8 unter Punkt 7.1 Folgendes festgehalten:

"Wie oben ausgeführt, werden mit noch zu erstellendem Kauf- und Servitutsvertrag von Seiten des Landes die Liegenschaften, die für den Betrieb der Pinzgaubahn erforderlich sind, erworben. Ferner soll hiezu ein Grunddienstbarkeitsvertrag abgeschlossen werden, der wechselseitige Einräumung von Servituten im Zusammenhang mit betrieblichen Erfordernissen von ÖBB und SLB beinhaltet.

Beide Verträge liegen noch nicht vor, da sie Gegenstand von Vermessungen zum Zweck grundbücherlicher Durchführung sind. Die Übergabe der betreffenden Liegenschaften in die faktische Verfügungsgewalt ist in einem "Übergabeprotokoll und Vertrag" geregelt und erfolgt zum 1. Juli 2008.

Da die vorangeführten Verträge (Kauf- und Servitutsvertrag, Grunddienstbarkeitenvertrag) erst im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 2008 erstellt und unterfertigt werden, werden sie dem Salzburger Landtag zur gesonderten Genehmigung zugeleitet."

Mittlerweile wurden die zum Zeitpunkt der Befassung des Landtages im Juli 2008 noch erforderlich gewesenen Vermessungsarbeiten durchgeführt und die damals noch offen gewesenen vertraglichen Regelungen in Form von zwei Verträgen mit den ÖBB ausverhandelt. Ein Vertrag beinhaltet die Übertragung eines Barvermögens in Höhe von € 12,948 Mio an das Land, welcher Betrag als Beitrag der ÖBB für die anstehenden Investitionen im Zeitraum mit Übernahme und Wiederaufbau der Pinzgaubahn durch das Land verwendet wird. Dieser Vertrag sieht im Übrigen keine vom Landtag gemäß Art 48 L-VG zu genehmigenden Belastungen vor und ist deshalb nicht Gegenstand dieser Regierungsvorlage.

Der zweite Vertrag (Beilage 1; aufgrund des großen Umfanges wird von der Beifügung der im Vertrag erwähnten Anlagen, das ist ein Konvolut von teils großformatigen Planunterlagen, abgesehen) beinhaltet den Kauf der Pinzgaubahnliegenschaften durch das Land um den Preis von € 1,-- sowie die wechselseitige Einräumung von Dienstbarkeiten und Reallasten. Bezüglich der Kontaminationen liegt mittlerweile eine Stellungnahme der Abteilung 6 - Landesbaudirektion - Geologischer Dienst (Beilage 2) vor, wonach alle bekannten Kontaminationen restlos beseitigt worden sind. Dies betrifft auch den als besonders ölkontaminationsgefährdet erachtet gewesenen Bereich des Bahnhofes Tischlerhäusl bei Zell am See, der deshalb nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt, wie ursprünglich vorgesehen, sondern uno actu mit den übrigen Bahnliegenschaften ins Eigentum des Landes übernommen werden soll. Ein Restrisiko betreffend die Übernahme von mit den Liegenschaften verbundenen und derzeit nicht bekannten Lasten (Kontaminierungen, Rechte Dritter etc) kann dennoch nicht ausgeschlossen werden.

Neben der Einräumung von Servituten, die gemäß Art 48 Abs 2 L-VG nicht der Zustimmung durch den Landtag bedürfen, sieht der Vertrag aber auch die wechselseitige Einräumung von Reallasten sowie die Übernahme von sonstigen Haftungen durch bzw Belastungen für das Land vor, weswegen die Zustimmung des Landtages gemäß Art 48 L-VG erforderlich ist. Konkret handelt es sich um folgende Punkte:

- In Vertragspunkt IX ist die Einräumung von Reallasten betreffend die Erhaltung von Eisenbahnanlagen der Pinzgaubahn zugunsten der ÖBB als Sicherungsmaßnahme für die in diesem Bereich parallel verlaufende Westbahn (Zif 1) sowie betreffend die Erhaltung von Eisenbahnanlagen der Pinzgaubahn auf ÖBB-Liegenschaften (Zif 2 bis 4) und der Ersatz der Kosten von Erhaltungsmaßnahmen der ÖBB (Zif 5) vorgesehen. Umgekehrt übernehmen die ÖBB im Parallelverkehrsbereich die Reallast der Erhaltung von gemeinsamen Eisenbahnanlagen (Reallast zugunsten des Landes), wobei aber das Land ein Viertel der Gesamterhaltungskosten tragen muss (Punkt VII).
- In Vertragspunkt XIII verpflichtet sich das Land, für die Befestigung einer Zufahrt mittels eines sogenannten Makadambelages (Schotter) auf seine Kosten zu sorgen.
- In Vertragspunkt XIV ist – befristet bis 31. Dezember 2010 – die Reallast enthalten, wonach das Land zugunsten der ÖBB eine Telefonstandleitung zwischen Zell am See und Uttendorf in Betrieb bzw instand hält. Die diesbezüglichen Kosten tragen ÖBB und Land je zur Hälfte.
- In Vertragspunkt XV ist betreffend Rechte Dritter vorgesehen, dass das Land diese weiterhin wahren wird und die ÖBB frei von Inanspruchnahmen Dritter hält.

- Gemäß Vertragspunkt XIX verpflichten sich die Vertragspartner wechselseitig, dass sie den jeweils anderen Eisenbahnbetrieb im Bereich des Parallelverlaufes der Pinzgaubahn und der Westbahn und die sonstigen Kreuzungsbereiche von Eisenbahnanlagen (auch von Leitungen) nicht stören und einander von Inanspruchnahmen Dritter frei halten. Falls ein Vertragspartner vertragswidrig mit seinen Leistungen in Verzug ist, hat der jeweils andere Vertragsteil die Möglichkeit der kostenpflichtigen Ersatzvornahme.
- In Vertragspunkt XX Ziffer 2 sind Verpflichtungen des Landes zum Ersatz von Kosten der Erhaltung von fernmeldetechnischen Leitungsanlagen enthalten.

Die Landesregierung stellt sohin den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Den aus dem beigeschlossenen Vertrag über den Kauf der Liegenschaften betreffend die Pinzgaubahn durch das Land erfließenden Bestimmungen hinsichtlich Bürgschaften/Haftungen bzw Belastungen von Landesvermögen wird gemäß Art 48 L-VG die Zustimmung erteilt.
2. Die Vorlage der Landesregierung wird dem Finanzausschuss zur Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.